

## Wie ist der Programmwurf der LINKEN zu bewerten?

Thema: Debatte, "DIE LINKE.", Solidarität 90, veröffentlicht: 12.05.2010



### Die Linkspartei diskutiert ein Grundsatzprogramm

Im März legte die 16-köpfige Programmkommission der LINKEN den, in ihrem Kreis einstimmig angenommenen, Entwurf für ein Parteiprogramm vor. Am 20. März wurde es von den Vorsitzenden Oskar Lafontaine und Lothar Bisky der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Papier soll die "Programmatischen Eckpunkte", das bisherige Grundsatzdokument der Partei, ablösen.

Neben der Präambel "Dafür steht DIE LINKE" enthält es fünf Kapitel: "I. Woher wir kommen, wer wir sind", "II. Krisen des Kapitalismus - Krisen der Zivilisation", "III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert", "IV. Linke Reformprojekte - Schritte gesellschaftlicher Umgestaltung" und "V. Gemeinsam für einen Politikwechsel und eine bessere Gesellschaft".

Auf dem Bundesparteitag in Rostock am 15. und 16. Mai steht es nicht auf der Tagesordnung. Es soll auf einem Parteitag im Herbst 2011 verabschiedet werden. Nachzulesen ist es unter [www.die-linke.de/programm/programmwurf](http://www.die-linke.de/programm/programmwurf)

### Ralf Krämer

*Mitglied der Programmkommission der LINKEN und einer der SprecherInnen der innerparteilichen Strömung "Sozialistische Linke"*

### Ein neues Programm für die Linke

Am 20. März wurde der Entwurf eines neuen Parteiprogramms der LINKEN der Öffentlichkeit vorgestellt, den die Programmkommission in monatelangen Diskussionen erarbeitet hat. Er positioniert DIE LINKE als sozialistische Partei in der Tradition der Arbeiterbewegung, die sich in der Wirtschafts- und Sozialpolitik an links-gewerkschaftlichen Positionen orientiert.

DIE LINKE fordert eine Politik, die eine neue Vollbeschäftigung mit verkürzten Arbeitszeiten anstrebt. Große Zukunftsinvestitionsprogramme und die massive Ausweitung öffentlicher Beschäftigung, höhere Löhne und Sozialeinkommen sollen die inländische Nachfrage steigern und Millionen neue gute Arbeitsplätze schaffen. Zugleich sollen wichtige gesellschaftliche Bedarfe besonders in Bildung und sozialen Dienstleistungen gedeckt und der ökologische Umbau vorangetrieben werden.

Für diese Politik und die Stärkung des Sozialstaats brauchen wir massiv höhere öffentliche Einnahmen. Dazu müssen Millionäre, Leute mit hohen Einkommen, finanzstarke Unternehmen und Finanzmarktspekulanten durch neue oder höhere Steuern herangezogen werden.

Der Sozialstaat muss jedem Menschen ein gutes, menschenwürdiges Leben und Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Das erfordert verlässliche, individuelle und repressionsfreie soziale Sicherung im Bedarfsfall und solidarisch finanzierte Krankenversicherung für alle statt Kopfpauschale. Darüber hinaus müssen die Sozialversicherungen den erarbeiteten Lebensstandard sichern.

DIE LINKE tritt konsequent gegen Imperialismus und Krieg ein und fordert eine soziale, friedenspolitische demokratische Neubegründung der EU. Wir kämpfen für Frieden und Abrüstung und die Überwindung der NATO, gegen Kampfeinsätze der Bundeswehr und insbesondere für ihren umgehenden Rückzug aus Afghanistan. DIE LINKE kämpft für das Recht auf gute Bildung für alle, Geschlechtergerechtigkeit, umfassende Menschen- und Bürgerrechte, internationale Solidarität. Wir wollen eine Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche, Demokratie im Sinne einer wirklichen Herrschaft des Volkes statt der wirtschaftlich Mächtigen.

Das Ziel heißt demokratischer Sozialismus. Dafür spielt Wirtschaftsdemokratie und die Veränderung der Eigentumsverhältnisse, die Überwindung der Vorherrschaft des Kapitals eine zentrale Rolle. Wenn aber in einigen Medien behauptet wird, DIE LINKE strebe ein ähnliches ökonomisches System an wie in der DDR, ist dies Unsinn.

Es geht um eine Wirtschaftsordnung, die von Demokratie und nicht mehr vom Profitstreben dominiert wird und die Marktsteuerung - die es also in diesem Rahmen weiter geben soll - sozialen und ökologischen Kriterien unterordnet. Dazu muss es in den Bereichen der Daseinsvorsorge und Infrastruktur, Energie und Bahnverkehr öffentliches Eigentum geben. Darüber hinaus muss im Finanzsektor und bei strukturbestimmenden Großunternehmen in wichtigen Wirtschaftsbereichen durch Vergesellschaftung das kapitalistische Eigentum überwunden werden. In den meisten Bereichen soll es aber weiter private kleine und mittlere Unternehmen geben, bei ausgeweiteten Arbeitnehmerrechten, Mitbestimmung und Wettbewerbskontrolle, und kräftiger Umverteilung von oben nach unten sowie demokratischer Rahmenplanung und Lenkung.

Strategisch geht es zunächst um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und die Durchsetzung eines Richtungswechsels. DIE LINKE ist grundsätzliche Opposition gegen den Kapitalismus, aber das schließt Regierungsbeteiligungen nicht aus, wenn dadurch die Lage der Menschen verbessert und erste Schritte sozialistischer Veränderung ermöglicht werden. Wir dürfen uns aber nicht an einer Politik beteiligen, die linken Zielen zuwiderläuft und unsere Glaubwürdigkeit zerstört.

DIE LINKE muss sich auf gesellschaftliche Bündnisse und außerparlamentarischen Druck stützen und zu deren Bildung beitragen. Die Interessen von Beschäftigten und Erwerbslosen, ökologischer Umbau und Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit müssen zusammengebracht werden. Den Gewerkschaften wird eine zentrale Rolle als gesellschaftliche Kraft für sozialen Fortschritt zugemessen. Die Zusammenarbeit mit ihnen wird gesucht, die Stärkung gewerkschaftlicher Rechte gefordert, insbesondere ein uneingeschränktes Streikrecht, auch für politische Ziele.

Um viele Punkte ist in der Programmkommission bis zuletzt gerungen worden. Es wurden gute Kompromissformulierungen gefunden. Es ist gelungen, im Endergebnis einen in der Programmkommission einmütig getragenen Text zu beschließen. Es kommt jetzt darauf an, in der Diskussion die linken Positionen weiter zu klären, in Partei und Gesellschaft zu verankern und für die reale Politik wirksam zu machen.